

Christdemokraten versprechen „Wahlkampf aus einem Guss“

Bischoff: „Noch nie so viel Einigkeit“ – Stoiber kommt am 1. August

Aachen. „Wahlkampf aus einem Guss“ verspricht die Aachener CDU in den kommenden Wochen und nimmt damit den frischen Wind vom Parteitag in Frankfurt auf. „Noch nie“, so frohlockte Bundestagskandidat Dieter Bischoff gestern, „hat es innerhalb der CDU im Bund, im Land und in den Kommunen so viel Einigkeit gegeben.“

Dass sie dabei Unterstützung von oberster Stelle bekommen, hebt die Stimmung. Am 1. August kommt Kanzlerkandidat Edmund Stoiber nach Aachen, um mit den Parteifreunden auf dem Katschhof ein großes Sommerfest zu feiern. Eine bis eineinhalb Stunden werde sich Stoiber schon Zeit nehmen, schätzt Bischoff. Und dabei werden keine langen Wahlkampfreden im Vordergrund stehen. CDU-Vorsitzender Armin Laschet: „Stoiber wird vor allem auch das Gespräch mit den Bürgern suchen.“ Aachen ist für die

CDU auf Bundesebene ein besonderes Pflaster. Der Wahlkreis soll direkt geholt werden, und daher geizt man nicht mit Prominenz. Neben Stoiber kommen auch Parteichefin Angela Merkel (18. September, Markt) und NRW-Landeschef Jürgen Rüttgers (10. Juli, Agit). Auf dem Parteitag in Frankfurt, so berichtet Bürgermeisterin Sabine Verheyen, habe sich Stoiber Zeit genommen, um mit den Vertretern der Kommunen intensiv zu sprechen. „Er kennt die Sorgen und Nöte.“

In Berlin, so Verheyen, seien von SPD und Grünen Gesetze erlassen worden, die den Städten und Gemeinden erhebliche finanzielle Bürden auferlegen. Die Devise, wer bestellt, müsse auch zahlen, werde von der Regierung auf den Kopf gestellt. Der kommunalen Selbstverwaltung werde das Fundament entzogen. Das ist – neben der

Wirtschafts- und Gesundheitspolitik – ein zentrales Thema für die Aachener CDU im Wahlkampf: Die unmittelbaren Auswirkungen Berliner Politik auf die Bürger vor Ort. Und ein Instrument dazu bekommen die Christdemokraten quasi auf dem Silbertablett serviert: den Bürgerentscheid gegen den GeWo-Ge-Verkauf. Die Entscheidung haben CDU und FDP im Rat nur wegen der schlechten Haushaltslage gefällt. Die Probleme seien nicht hausgemacht, sondern der Stadt auferlegt worden. Armin Laschet: „Der Bürgerentscheid ist für uns ein ideales Mittel um zu verdeutlichen, wie sich Bundespolitik auf die Bürger auswirkt.“ Daher wolle man das Thema offensiv angehen, eigene Diskussionsforen veranstalten. „Wir suchen den Dialog auch mit anderen Institutionen wie IHK und Handwerkskammer und gehen offensiv an die Sache heran.“ (alp)